



**25. wissenschaftlicher Kongress der DVPW
an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen
(24. - 28. September 2012)**

Die Versprechen der Demokratie

Das Thema des Kongresses

Demokratien sind nicht allein Institutionensysteme zur geordneten Durchführung der Regierungsgeschäfte. Demokratische politische Systeme treten mit einer anspruchsvollen normativen Selbstbeschreibung auf, nach der sie die höchste Form der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten verkörpern. Demokratien versprechen, besser als alle anderen denkbaren politischen Systeme Politik zu gestalten. Zu diesen Versprechen der Demokratie gehört vor allem die Aussicht auf Freiheit und politische Gleichheit, auf politische Beteiligungsmöglichkeiten, auf Wohlstand, Sicherheit und Frieden. Auf diesen Versprechen basiert die weltweite Attraktivität der Demokratie. Ihre Bürgerinnen und Bürger messen sie jedoch auch an diesen Versprechen und an der Nichterfüllung von Versprechen entzünden sich regelmäßig Skepsis und Kritik an der Demokratie des 21. Jahrhunderts. Demokratie tritt mit ihren Versprechen als Hoffnungsträger und als Anlass vielfacher Enttäuschungen auf, Demokratie ist zentraler normativer Bezugspunkt unseres Nachdenkens über Politik und zugleich Objekt eher schärfer werdender Angriffe.

Es ist die Zielsetzung des DVPW-Kongresses, diesem Spannungsverhältnis zwischen den Erwartungen und Hoffnungen an die Demokratie einerseits, den Enttäuschungen über reale Ausprägungen von Demokratie oder ihre Funktionsdefizite andererseits nachzugehen. Der DVPW-Kongress soll damit einen Beitrag zur Beantwortung der Fragen liefern, wie es heute um die ‚Demokratie‘ als politische Ordnungsform und als politische Idee zu Beginn des 21. Jahrhunderts bestellt ist und welche Schlüsse sich daraus für eine zukünftige Demokratiepoltik ziehen lassen.

Angesichts dieser Herausforderungen stoßen politikwissenschaftliche Versuche, belastbare Aussagen zu Situationsanalysen und Zukunftsperspektiven der Demokratie zu gewinnen, momentan auf einige schwer miteinander zu verbindende Einzelbefunde. Vier Aspekte der Thematik seien genannt:

(1) In den *Diktaturen und Autokratien* im nordafrikanischen und arabischen Raum ist zu beobachten, dass die Ideale der Demokratie die Menschen in autokratischen Regimen immer noch zu beeindruckenden politischen Taten zu motivieren vermögen. Zugleich können wir in diesen Ländern aber auch beobachten, wie vage und wie breit gestreut die an die Demokratie adressierten Erwartungen häufig sind. Neben dem Wunsch, dass die politische Herrschaft nicht mehr nur im Interesse einer regierenden Elite ausgeübt wird, verbinden sich mit der Forderung nach Demokra-

tie gleichzeitig hohe Erwartungen an die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlergehen, an Korruptionsbekämpfung oder Sicherheit. Die unterschiedlichen artikulierten Hoffnungen sind oft mit einer sehr unkonkreten Vorstellung von der Demokratie als politischem Institutionensystem verbunden.

(2) Demgegenüber laborieren *bereits länger bestehende Demokratien* ebenso wie einige der nach 1989 neu etablierten Demokratien an zum Teil nicht unerheblichen Legitimationsproblemen und leiden vielfach unter Enttäuschungssyndromen, die Norberto Bobbio auf die „nicht eingehaltenen Versprechen der Demokratie“ zurückgeführt hat. Zu den Reaktionen auf diese Enttäuschungen gehören auf der einen Seite unter dem Stichwort ‚Demokratiepolitik‘ die verschiedenen Versuche einer gezielten Förderung bürgerschaftlicher Beteiligung an politischen Entscheidungen, wie im Zusammenhang mit Stuttgart 21, der Ausweitung direktdemokratischer Beteiligungsverfahren, der Einrichtung von ‚Bürgerhaushalten‘ oder der ‚liquid democracy‘ im Internet. Zu den Reaktionen auf der anderen Seite gehören als Enttäuschungsverarbeitung die vielfach sinkende Beteiligung an Wahlen, die wachsende Stärke populistischer Bewegungen oder der publizistische Erfolg der resignativen Rede von der ‚Postdemokratie‘. Der Stress, unter dem momentan einige etablierte Demokratien stehen, lässt sich am Beispiel der Finanzpolitik illustrieren: Soweit es absehbar ist, werden die Folgen der Finanzkrise die staatlichen Haushalte in den kommenden Jahren weiter massiv belasten und der Anteil der politisch disponiblen Etatmittel wird in den kommenden Jahren in allen OECD-Ländern voraussichtlich weiter zurückgehen, was bei einigen Nationalstaaten bis zu der Frage nach einer geordneten Insolvenz führen kann. Die dadurch erzeugte Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit der Staaten betrifft sowohl die Input- wie die Output-Seite demokratischer Politik. Vor diesem Hintergrund sind deshalb Forderungen nach einem starken, handlungsfähigen demokratischen Staat auf die politische Bühne zurückgekehrt. Doch den bestehenden Regierungssystemen bzw. den aktuellen politischen Eliten wird die Erfüllung einer solchen Forderung immer weniger zugetraut. Es ist deshalb unklar, welche Motivationskraft die Versprechen der Demokratie auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger bei solchen Problemkonstellationen überhaupt noch entfalten können.

(3) Die im vergangenen Jahrzehnt auch von vielen Politikwissenschaftlern genährten Hoffnungen auf eine Demokratisierung der *inter- und transnationalen Ebene* werden mittlerweile deutlich skeptischer beurteilt. Gegenwärtige Praktiken und Reformkonzepte für transnationale Regierungsformen bemühen sich um eine Verbindung von effizienzorientierten und beteiligungsorientierten Legitimationskriterien und versuchen auf diese Weise, dem Vorwurf eines ‚Demokratiedefizits‘ beispielsweise der EU etwas entgegenzusetzen. Dies hat die Frage nach dem zukünftigen Status demokratischen Regierens auf der internationalen Ebene sowie die Frage danach aufgeworfen, *wessen* Interessen dabei vertreten werden sollen und *für wen* Effizienz erreicht werden soll. Zugleich wird zunehmend unklar, worin die überzeugenden Versprechen der Demokratie auf internationaler Ebene tatsächlich bestehen oder bestehen könnten.

(4) Demokratie hatte nach 1989 keine Konkurrenz mehr. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz war Demokratie das normativ alternativlose Modell eines politischen Systems. Das ist heute nicht mehr so. Mit den ökonomischen Erfolgen Chinas und anderer Autokratien in Ostasien tritt die Frage auf, ob Demokratie als hinreichend leistungsfähiges System in der Weltmarktkonkurrenz bestehen kann. Die Zweifel beziehen sich aber nicht nur auf die ökonomische Performanz der Demokratien – ähnliche Überlegungen treten auf, wenn man die klima- und umweltpolitische Wirksamkeit der Politik diskutiert. Einzelne Prozesse der Transformation liberaler Demokratien zu eliten- und expertenzentrierten Oligarchien neuer Art lassen zudem bei einigen Kommentatoren des Zeitgeschehens die Frage aufkommen, ob nicht eine weitere Stärkung nicht-majoritärer Institutionen und eine Minderung demokratischer Partizipation der richtige Weg sei. Die erstarkten rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen dagegen wenden sich gegen liberale und rechtsstaatliche Errungenschaften moderner Demokratien. Nach längerer Zeit steht Demokratie als solche wieder zur Debatte. Sie muss beweisen, dass sich mit ihr weiterhin die Versprechen auf Freiheit, Gleichheit, Beteiligung und Wohlstand verbinden lassen.

Die Struktur und Schwerpunktsetzungen der Plenumsveranstaltungen

Vor diesem Hintergrund geht es in der Eröffnungsveranstaltung wie auch in vier Plenarveranstaltungen vor allem um die Qualität der Versprechen von politischer Beteiligung, Freiheit, Gleichheit, Frieden, Sicherheit und wirtschaftlichem Wohlstand, deren Einlösung von entgegenkommenden Kontexten ebenso abhängig ist wie von der Überwindung grundlegender Paradoxien der Selbstbestimmung, der Bewältigung spezifischer Herausforderungen und der Belastbarkeit der Ideale sozialer Gerechtigkeit. Konkret sind die Eröffnungsveranstaltung und die vier Plenarveranstaltungen auf dem Kongress thematisch folgendermaßen zugeschnitten:

Eröffnungsveranstaltung

Die Eröffnungsveranstaltung soll aus dem Eröffnungsvortrag des Vorsitzenden (mit einem Überblick über das Kongressthema), einem Vortrag eines hochrangigen Politikers zum Themenbereich Politik in Zeiten einer selbstbewussten Bürgergesellschaft sowie einem anschließenden Fachgespräch von zwei bis drei Fachkolleg/innen zu den Möglichkeiten einer bürgergesellschaftlich erneuerten Demokratie bestehen.

Die vier Plenumsveranstaltungen sind wie folgt gestaltet und benannt:

Plenum I: Demokratie in aller Welt

Eine Podiumsdiskussion mit ausgewählten Kolleginnen und Kollegen wird die Fragen erörtern, welche Chancen und Grenzen die Demokratiebewegung in Nordafrika, im Nahen Osten und in anderen, bisher von Autokratien gekennzeichneten Teilen der Welt haben kann, ob die politische Freiheit hier als zentrales Versprechen der Demokratie wirkt und welcher Wert

auf Demokratie als partizipative politische Ordnung gelegt wird. Was versprechen sich die Menschen in diesen Ländern von der Demokratie? Wer verspricht wem was und warum? Welche empirischen Befunde gibt es über die globale Attraktivität von Demokratie? Wie universell verbreitet ist diese Attraktivität, wie konsistent sind die Erwartungen an die Demokratie und welchen regional- oder kulturspezifischen Prägungen unterliegen sie?

Plenum II: Politische Einheit und politische Autonomie. Wer ist heute der Demos?

Zwei per Ausschreibung eingeworbene Vorträge sollen erörtern, wie das Konzept ‚Volk‘ in einer globalisierten Welt noch definiert werden kann. Zu den Fragen, die im Zentrum dieses Panels stehen sollen, gehören: Wer ist das Volk, wenn Mehrebenenpolitik zur Normalität wird? Wie können wir Citizenship, Inklusion und Exklusion so verstehen, dass sie nicht mehr nationalstaatlich verengt aufgefasst werden müssen, aber doch den Bezug zu Demokratie und handlungsfähigen politischen Systemen bewahren? Welche Ansätze gibt es, um auf diese Fragen mit Reformen von politischen Beteiligungs- oder Staatsbürgerschaftsrechten zu reagieren? Welche Erfahrungen wurden mit bislang durchgeführten Reformvorhaben gemacht?

Plenum III: Die Finanzmarktkrise: Die Demokratie als Hindernis einer Lösung oder als Opfer?

Geplant sind zwei von Vorstand und Beirat direkt eingeworbene Vorträge mit gegensätzlichen Perspektiven oder ein Vortrag mit kritischem Kommentar. Im Zentrum der Debatte sollen zwei politisch viel diskutierte Fragen stehen: Zum einen die Frage, ob und an welchen Punkten sich Demokratien als Hindernis einer angemessenen staatlichen Finanzpolitik erwiesen haben oder erweisen können. Zum anderen die Frage, ob und inwieweit die aktuellen politischen Strategien zur Bewältigung der Finanzmarktkrise ihrerseits erst die nationalstaatlichen Demokratien in Frage stellen oder gefährden.

Plenum IV: Transnationale Demokratie und soziale Gerechtigkeit

Ein Vortrag sollen klären helfen, wie eine Politik aussehen kann, die soziale Gerechtigkeit jenseits des Nationalstaates befördert, dabei aber unter den Bedingungen überwiegend nationaler Demokratien agiert. Zu den Fragen, die im Zentrum dieses Panels stehen sollen, gehören: Lässt sich transnational soziale Gerechtigkeit nur schaffen, wenn man regionale oder globale Einrichtungen stärkt, die sich über die möglichen Widerstände aus den Demokratien hinwegsetzen? Wie kann andererseits Demokratie dazu beitragen, ökonomische Bedingungen zu schaffen, die die Ungleichheiten nicht weiter vertiefen? Welche empirischen Befunde gibt es zu diesen Fragen, welche politischen Strategien tragen zur Bewältigung dieser Problemlagen am ehesten bei?

Über die Plenumsveranstaltungen hinaus werden sich die Sektionen, Arbeitskreise und Themengruppen der DVPW mit eigenen Veranstaltungen dem Kongressthema widmen.